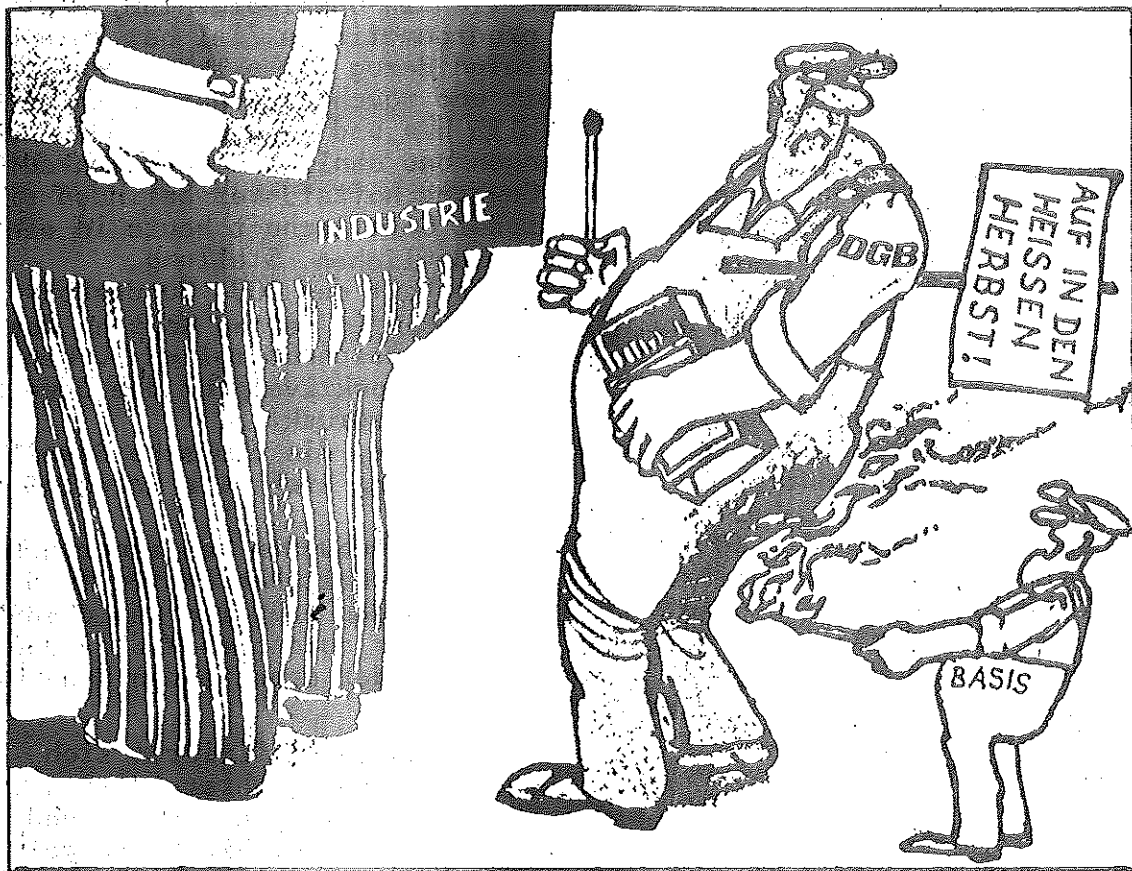


# FRISCHER WIND AUS DEN BETRIEBEN

Aussichten für die Gewerkschaftsbewegung  
in der BRD



„Die Tage des durch "soziale Harmonie" glänzenden "Modell  
Deutschlands" sind gezählt.“

---

Eine VORAN Broschüre

PREIS 1,50DM  
SOLIDARITÄTSPREIS 2,50DM

# FRISCHER WIND AUS DEN BETRIEBEN

## Aussichten für die Gewerkschaftsbewegung in der BRD

Die Gewerkschaftsbewegung in der Bundesrepublik ist mit ihren Millionen Mitgliedern und deren Familien potentiell die stärkste und mächtigste Kraft in der Gesellschaft. Wenn diese geballte Kraft erst einmal in Bewegung kommt und richtig gesteuert wird - und der Anfang ist sicher schwerfällig - dann wird kaum eine Macht auf Erden sie mehr bremsen können. Dies stellt jedoch unmittelbar die Frage eines klaren und offensiven Programms und einer entschlossenen und kämpferischen Führung auf die Tagesordnung.

Die heutigen Gewerkschaftsführer sind meistens in der Nachkriegszeit groß geworden und in ihre heutigen Positionen hineingewachsen. Daher ist die jetzige Generation der 40 - 60-jährigen Gewerkschaftsführer in ihrer ganzen Politik und Weltanschauung von dem riesigen wirtschaftlichen Aufschwung in den Jahren nach 1950 geprägt. Wirtschaftlich war die Grundlage dafür gegeben, daß der Kapitalismus sich Zugeständnisse an die Arbeiter leisten konnte, die jedoch kaum mehr waren als einige Krümel vom Tisch der Kapitalisten. Doch die Masse der Arbeiter verglich natürlich den allmählich steigenden Lebensstandard mit demjenigen vor dem Kriege und sah immerhin einen erheblichen Unterschied. So schien es, als ob der Kampf der Gewerkschaften für mehr Sozialleistungen und höhere Löhne ausreichend wäre, ohne daß es überhaupt notwendig wäre, die Grundlagen der kapitalistischen Ordnung wirklich anzutasten.

---

### Ziel und Widerspruch

---

Zwar enthalten die meisten Gewerkschaftssatzungen sowie das DGB-

Grundsatzprogramm ausdrücklich das Ziel einer Überführung der Schlüsselindustrien in Gemeineigentum, aber dieses programmatische Ziel hat keinen konkreten Bezug zur alltäglichen Kleinarbeit und taucht (bisher jedenfalls) lediglich hin und wieder bei Maikundgebungen und ähnlichen Anlässen auf. Die Gewerkschaftsführer befinden sich in dieser Gesellschaft heute in einer widersprüchlichen Stellung.

Bereits auf dem DGB-Bundeskongreß 1969 hat in seinen Worten das DGB-Bundesausschußmitglied J. Lehlbach die Perspektiven für die Gewerkschaften ausgedrückt...:

"Ja, ich meine, die deutsche Gewerkschaftsbewegung steht wie Herakles am Scheidewege:

sie kann den bequemen Weg einer quasi öffentlich-rechtlichen Institution und sie kann den schweren und dornenvollen Weg der autonomen Widerstandsorganisation der arbeitenden Menschen gehen."

Einerseits identifizieren sich viele Gewerkschaftsführer immer wieder eindeutig mit Gesellschaft und Staat: "Dieser Staat hier, die westdeutsche Bundesrepublik, liebe Freunde, ist unser aller Staat" (Horst Katzor, GdED, SPD-Oberbürgermeister von Essen, auf dem DGB-Bundeskongreß '62).

Obwohl der DGB 1977 aus der konzertierten Aktion ausgetreten war, hat man seither wiederholt auf Gewerkschaftskongressen Zwischentöne hören können für eine Rückkehr zum "Dialog mit allen Gruppen, die in Staat und Wirtschaft Verantwortung tragen" (1978 verabschiedetes Grundsatzprogramm der Gewerkschaft Textil-Bekleidung).

Inzwischen hat es auch wieder neue "Spitzengespräche" zwischen Gewerkschaftsführern und Unternehmensvertretern gegeben, die alle sehr stark nach

einer Neuauflage der Konzertierten Aktion riechen.

Und die Mitglieder linker Splittergruppen sind nicht nur von staatlichen Berufsverboten bedroht, sondern zusätzlich noch vom Gewerkschaftsausschluß aufgrund von "Unvereinbarkeitsbeschlüssen"...

Andererseits sind Versuche zur Einengung der Tarifautonomie, Angriffe von Polizisten auf Streikposten, Polizeibesitzungen bei Streiks und in letzter Zeit vor allem massenhafte Aussperrungen für die Gewerkschaftsführer immer wieder Anlaß, um unter dem Druck ihrer Basis die Unabhängigkeit der Gewerkschaften vom Staat zu betonen und Staatsorgane sowie reaktionäre Gesetze anzugreifen. Man darf nicht vergessen, daß die Gewerkschaften Massenorganisationen sind und speziell in Krisenzeiten unter starkem Druck der Basis stehen. Denn schließlich haben die Gewerkschaftsführer ihre Positionen und hohen Einkommen einzig und allein dem passiven Wohlwollen der breiten Mitgliedschaft zu verdanken. Wenn der Druck von unten größer wird, sind sie mehr und mehr gezwungen, zumindest in Worten die Stimmung an der Basis auszudrücken.

## Stärkung der Gewerkschaften

Die Gesamt-Mitgliederzahl der DGB-Gewerkschaften hat in den Nachkriegsjahrzehnten fast immer zugenommen:

1950: 5,35 Mio.	1970: 6,71 Mio.
1951: 5,98 Mio.	1972: 6,98 Mio.
1960: 6,38 Mio.	1973: 7,16 Mio.
1968: 6,37 Mio.	1978: 7,61 Mio.

(Stand 1.1.78)

Aufgrund des schnellen Wachstums des Proletariats, des Aufschwungs und der Stärkung der Illusionen vieler Arbeiter in einen krisenfreien Kapitalismus nahm aber der Anteil der DGB-Mitglieder an der Gesamtzahl der Beschäftigten (=gewerkschaftlicher Organisationsgrad) in den 50er und 60er Jahren ab und ist erst wieder in den letzten Jahren angewachsen:

1950: 38%	1968: 29,8%
1951: 39%	1970: 30,2%
1960: 31,5%	1978: 35,7%

(der letzte Wert einschließlich der frisch dem DGB beigetretenen Polizeigewerkschaft).

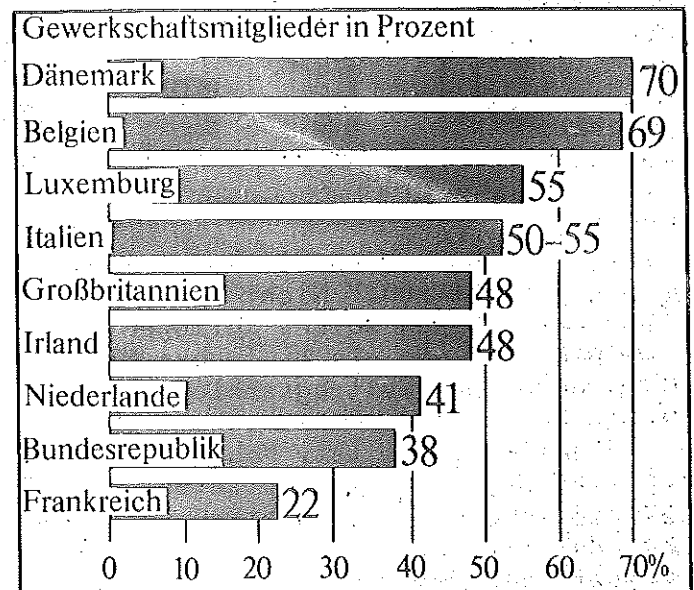
Nach einer anderen Statistik lag 1977 der gewerkschaftliche Organisationsgrad folgendermaßen:

Angestellte: 24,9%  
Arbeiter : 50,3%  
Beamte : 75,0%

Reduziert auf die DGB-Mitgliedschaft ergibt sich entsprechend folgender Organisationsgrad:

Angestellte: 17,6%  
Arbeiter : 49,4%  
Beamte : 31,8%

Die Differenz ergibt sich daraus, daß viele Angestellte noch der DAG und dem CGB (Christlicher Gewerkschaftsbund) und ein Großteil der Beamten noch dem Deutschen Beamtenbund (allesamt Ständeverbände) angehören. Das Anwachsen des DGB bei



gleichzeitigem Rückgang der Beschäftigtenzahl ist ein Ausdruck dafür, daß die Krise mehr Arbeiter dazu zwingt, sich den Klassenorganisationen anzuschließen und gemeinsam und solidarisch mit den Ubrigen Kollegen zu kämpfen.

Die Zahl der im DGB organisierten Angestellten hat sich zwischen 1965 und heute fast verdoppelt. Sie stieg von 835.202 (1965) auf 1.410.050 (1976) an.

Im gleichen Zeitraum ging die Mitgliederzahl der DAG (Deutsche Angestelltengewerkschaft) leicht zurück: von 475.000 (1965) auf 471.000 (1976)

## Unorganisierte

Bei all diesen Zahlen dürfen wir jedoch eines nicht aus den Augen verlieren: Die Mehrheit der Arbeitnehmer ist noch nicht gewerkschaftlich organisiert. In vielen Kleinbetrieben gibt es abso-



wenig Druck von der Basis. Abgesehen von den Streiks in Schleswig-Holstein 1957 und in Baden-Württemberg 1963 und den Mobilisierungen gegen die Notstandsgesetze 1968 waren die 50er und 60er Jahre eine Periode, in der die Arbeiterklasse die Wunden des Faschismus ausheilte, eine neue frische Generation heranwachsen ließ und wieder neues Selbstbewußtsein schöpfte.

Erst seit Beginn der 70er Jahre mußte der gewerkschaftliche Apparat dann wieder einige mächtige Streikbewegungen anführen:

Metallerstreiks '71, '73, '74 und '78, Druckerstreiks '76 und '78, ÖTV-Streik '74.

Daneben sah sich der Gewerkschaftsapparat in unzähligen Fällen gezwungen, in organisierten "spontanen" Warnstreiks den angestauten Dampf abzulassen, um offizielle Streiks zu vermeiden.

Es wird zunehmend deutlicher, daß sich viele Gewerkschaftsführer unter dem verstärkten Druck der Basis unter Zugzwang sehen. Dabei verstärkt sich ihr eigener Zwiespalt. Denn auf der anderen Seite hat auch das Kapital schon seit eh und je versucht, die Arbeiterführer zum "vernünftigen", "ruhigen" "besonnenen" und "mäßigen" Handeln zu bewegen und sie durch kleine materielle Anreize in das kapitalistische System zu integrieren.

Auch die bürgerliche Presse hat diesen Zwiespalt der Gewerkschaftsführung schon sehr oft herausgearbeitet:

"Ihre Integration in diesen Staat und seine Wirtschaft bürdet ihnen aber manches Identitätsproblem auf..." (FAZ 18.04.78)

Als DGB-Chef H.O. Vetter Ende 1976 kritische Worte über Steuererleichterungen und die "Marktwirtschaft" äußerte, reagierte ein Herr Sohl vom Industriellenverband entsetzt:

"Ich kann mir eigentlich gar nicht vorstellen, daß Herr Vetter, den ich persönlich sehr schätze, dies so gesagt hat, weil das in völligem Widerspruch zu seinen bisherigen Äußerungen steht... Das geht mitten an den Lebensnerv der freien Marktwirtschaft, eine fast schon revolutionäre Tatsache."

Und als der DGB aus Protest gegen die Mitbestimmungsklage sich formal aus der konzertierten Aktion zurückzog, meinte die FAZ (31.08.78) dazu:

"Über kurz oder lang müssen sich auch Gewerkschaftsführer wieder mit denen treffen, die sie jetzt so heftig be-

schimpfen. Das wiederum ihren Mitgliedern zu erklären muß ihnen aber umso schwerer fallen, je grimmiger sie sich vorher gebürden."

## Frischer Wind

Auf Gewerkschaftsversammlungen und Kongressen ist in den letzten Monaten eine Belebung der Diskussion durch frischen Wind aus den Betrieben festzustellen gewesen. Das Selbstbewußtsein der aktiven kleineren ehrenamtlichen Funktionäre, der Vertrauensleute, die ja die eigentlichen Träger der gewerkschaftlichen Arbeit sind, gegenüber den alteingesessenen, ver-selbständigten Vorständen ist stark angewachsen.



DGB - Chef Vetter

Beim IG-Metall-Gewerkschaftstag 1977 in Düsseldorf mußte der Vorstand einige entscheidende Abstimmungsunterlagen hinnehmen. Gegen den Rat Loderers wurde die Forderung nach der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich verabschiedet, und ein von Loderer begünstigter Kandidat wurde nicht in den Vorstand gewählt. Um solchen Überraschungen in Zukunft vorzubeugen, werden die Gewerkschaftsführer mehr und mehr sich veranlaßt sehen, in radikaler klingenden Tönen der Stimmung an der Basis zu entsprechen.

Es gibt aber auch tausend Tricks, um die kämpferischen und forschenden Wortführer der Basis mundtot zu machen.



Man kann sie mit irgendwelcher "Dreckarbeit" eindecken, ihnen kleine "Pöstchen" anbieten oder sie mit der Peitsche der Einschüchterung und Disziplinierung "behandeln".

## Auswirkungen der Krise '75

Die Streikbewegungen der frühen 70er Jahre fanden in einer Periode statt, in der es nach wie vor wirtschaftlich aufwärts ging und die Arbeitslosigkeit ein Prozent nicht überschritt. Gleichzeitig stieg die Inflationsrate beharrlich an. In solchen Aufschwungsperioden macht sich bei vielen Arbeitern die Stimmung breit, jetzt erst richtig zuzupacken, um die Reallöhne zu verteidigen und sich einen Anteil am Aufschwung zu sichern. Entsprechend wird so die Kampfbereitschaft gesteigert.

1971 streikten die Kollegen der IG Metall in Nordwürttemberg/Nordbaden für eine 11prozentige Lohnforderung. 1973 erkämpften sich die Arbeiter vieler Betriebe ohne offizielles Zutun der Gewerkschaft in spontanen Streiks Teuerungszulagen. Noch unter diesem Eindruck standen die Metall-



streiks in den folgenden Monaten sowie der ÖTV-Streik Anfang 1974. Besonders der Streik im Öffentlichen Dienst (Schwerpunkte Müllabfuhr, Stadtwerke, Nahverkehr, Post und Bahn) zeigte die große Macht, die eine Gewerkschaft speziell in diesem Bereich ausüben kann. Er ließ viele bürgerliche Strategen und Planer aufhorchen.

Die 1974 einsetzende Rezession (mit ihren sichtbaren Folgen: Massenentlassungen, Kurzarbeit, Feierschichten, Ansteigen der Arbeitslosigkeit auf über eine Million) dämpfte vorübergehend die offene Kampfbereitschaft. Was viele Pessimisten für "totales Duckmäsertum", "Rechtsruck" und "schleichenden Faschismus" hielten, war bzw. ist jedoch in Wirklichkeit nichts anderes als eine zeitweilige Episode, wenngleich sie immer noch

unüberbar ist.

Die Angst um den Arbeitsplatz hatte (und hat) sicherlich zunächst bei vielen Arbeitern die Auswirkung, daß sie noch schneller und intensiver arbeiteten, sich weniger krankmeldeten oder weniger zur Kur gingen. Viele glaubten wohl auch unter dem Eindruck der bürgerlichen Presse, wie der SPD-Führung, daß es so etwas wie eine Lohn-Arbeitslosigkeit-Spirale gibt und ein vorübergehendes Zurückstecken den Aufschwung herbeiführen könnte. Entsprechend war ja auch die Propaganda von 1974 bis heute. Man schenkte den eigenen Führern noch weitgehenden Glauben, als sie, vom Versagen des eigenen Kapitalismus ablenkend, die Schuld an der Krise den Ölscheichs und der leider Gottes schlechten weltwirtschaftlichen Witterung zuschoben.

Eine hereinbrechende Wirtschaftskrise führt weder automatisch und mechanisch zu einer breiten Radikalisierung und einem starken Linksruck noch andererseits zwangsläufig zu Anpassung und allgemeinem Rechtsruck.

Die letzte Krise hat zweifellos die offene Kampfbereitschaft gedämpft. Nach langen "goldenen" Jahrzehnten mußte der Einbruch 1974 wie ein Blitz aus heitrem Himmel wirken. Die Masse der Arbeiter geht immer zuerst den Weg des geringsten Widerstandes und lernt in erster Linie nicht aus den Arbeitslosenstatistiken und deren marxistischer Erklärung, sondern aus der am eigenen Leib spürbaren Erfahrung.

"Warum sollte man denn gleich auf die Barrikaden steigen, wenn einmal die Arbeitslosigkeit leider bei einer Million liegt? Hauptsache, ich bringe mich und meine Familie über die Runden. Mal sehen was kommt, aber da kann man doch sowieso nichts machen."

So und ähnlich mag eine große Zahl von Arbeitern gedacht haben und immer noch denken. Obwohl der allgemeine Lebensstandard rückläufig ist und die Kluft zwischen Arbeitnehmer- und Selbständigeneinkommen größer geworden ist, haben es die meisten Arbeitnehmerfamilien geschafft, durch kleine Einsparungen hier und da sich einigermaßen zu halten.

Sobald jedoch die über das reine Überleben hinausgehenden Selbstverständlichkeiten wie Auto, Farbfernseher, Stereoanlage, Urlaubsreise und teure Wohnungseinrichtung durch Inflation, Lohnabbau, Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit und Wegfall von Überstunden

in Frage gestellt sind, werden auch vielen heute noch völlig unpolitischen Arbeitern die Augen aufgehen.

Die nächste weltweite Rezession wird uns einen wichtigen Schritt in diese Richtung voranbringen. Die schönen sozialdemokratischen Versprechungen und Hoffnungen werden sich für viele Arbeiter als rein zweckoptimistische Träumereien erweisen. Angesichts einer wachsenden und immer weiter um sich greifenden Arbeitslosigkeit und Jugendarbeitslosigkeit wird der Druck von unten, doch endlich grundlegende Schritte dagegen zu tun, größer werden.

Es wird viel böses Blut und Zorn über Entlassungen und Firmenschließungen geben. Die angestaute Wut wird sich in Kundgebungen und vielen Arten spontaner Kämpfe entladen. Die Tage des durch "soziale Harmonie" glänzenden "Modell Deutschland" sind gezählt.

## Streiks und Aussperrungen

Zeitraum	beteiligte bzw. betroffene Arbeiter	Ausfall-tage
1973	185.000	563.000
1974	1.034.000	248.000
1975	35.000	68.000

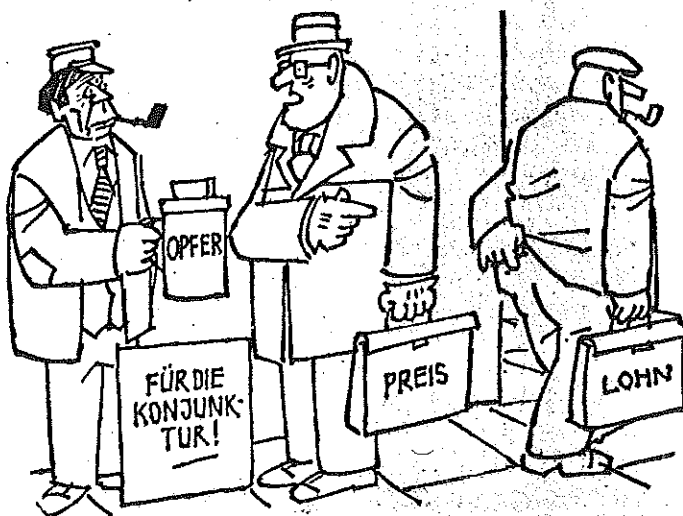
In den Jahren der relativen Ebbe von 1975 bis 1977 war es immer wieder die Gewerkschaftsjugend, die sich als die treibende Kraft innerhalb der gesamten Bewegung erwies. Unter ihrem Druck mußte der DGB machtvolle zentrale und regionale Demonstrationen und Kundgebungen zu Themen wie Jugendarbeitslosigkeit, Lehrstellenmangel und berufliche Bildung durchführen.

Mit dem Hereinbrechen der Krise 74/75 wurden dann auch die gewerkschaftlichen Lohnforderungen in der Tarifrunde erheblich "nach unten korrigiert".

Die Chemie-Tarifrunde 1977 in Rheinland-Pfalz (hauptsächlich BASF) ist ein gutes Beispiel dafür, wie ein unvermeidlicher Streik doch noch in letzter Minute abgeblasen werden kann.

Bei der ersten Urabstimmung hatte die Wahlbeteiligung bei 92% gelegen, davon stimmten 82,5% wegen ergebnisloser Verhandlungen für Streik. Nachdem jedoch noch in letzter Minute der Streik abgeblasen, stattdessen ein Ergebnis von nur 7% angeboten wurde, sah das Ergebnis der Urabstimmung gleich

ganz anders aus. Nur noch 62% der Kollegen beteiligten sich an der Urabstimmung, und davon stimmten nur noch 64,4% mit ja. Somit haben nur noch 40% der Gewerkschaftsmitglieder zu diesem Abschluß "ja" gesagt.



„Diese ewige Bettelei! Mein Partner hat doch schon gegeben!“

Die Reaktion der Basis ließ nicht lange auf sich warten:

Bei BASF entschied sich Anfang Oktober 1977 die Belegschaft mit 54%iger Mehrheit hinsichtlich der Wahlvorbereitungen für die Wahl des mitbestimmten Aufsichtsrates dafür, daß nicht die Wahlmänner der Gewerkschaft, sondern die Belegschaft selbst in Urwahl die Aufsichtsratsvertreter bestimmen soll. Dies entspricht der Stimmung: "Wir wollen uns nicht mehr durch abgehobene Gewerkschaftsführer bevormunden lassen. Wir wollen selbst bestimmen, was da laufen soll".

## Tarifrunde '78

Ähnliche Tendenzen wie im Chemiebereich ließen sich 1978 auch in anderen Branchen und Gewerkschaften feststellen. Auftakt mit Paukenschlag zur Tarifrunde 1978 war der Hafenarbeiterstreik Ende Januar, nach 28 Jahren der zweite Streik in den sechs deutschen Seehäfen. Das Kapital lamentierte, daß damit eine "lange Tradition des Arbeitsfriedens in den deutschen Häfen über Bord" gehe (Handelsblatt 25.1.78), und ÖTV-Streikführer Merten entschuldigte sich vor der bürgerlichen Öffentlichkeit, für den Streik mit Hinblick auf den "Zugzwang" und die Notwendigkeit, selbständige Aktionen ohne gewerkschaftliche Kontrolle zu verhindern.

Als wenige Tage später die Gewerk-

schaft ein 7%-Ergebnis für 11 Monate als Erfolg pries, rechnete sich die Basis aus, daß dies nur 6,4% (auf ein volles Jahr umgerechnet) entspricht und stimmte mehrheitlich - mit 58% gegen Annahme dieses Verhandlungsergebnisses.

Als dann nach diesem Schock von den Hafengebieten rasch ein pauschaler Sockelbetrag für den Monat Januar in Höhe von 115 DM zugestanden wurde, wurde das Gesamtergebnis von 75,7% der Abstimmenden angenommen, wobei allerdings gut 20% der betreffenden Gewerkschaftsmitglieder nicht mehr mit abstimmten. Dies heißt, daß 7.000 der 17.000 gewerkschaftlich organisierten Hafentarbeiter so oder so ihre Unzufriedenheit zum Ausdruck brachten.

Ein derartiger Streikverlauf erregte natürlich allseits Aufsehen. Er feuerte viele Arbeiter an. Andererseits erklärten Vetter, Loderer und Kluncker im Einklang, dieser Abschluß sei kein Modell, weil die Hafentarbeiter einen überdurchschnittlichen Nachholbedarf hätten.

Aber die Botschaft aus Hamburg kam sehr wohl in Stuttgart an. "Was die da oben in den Häfen rausholen können, das schaffen wir hier auch", sagte ein Stuttgarter Metallarbeiter im Fernsehen in jenen Tagen. Inzwischen hatte sich dort nämlich der Tarifkonflikt in der Metallindustrie deutlich verschärft.

## Metallstreik

Der Metallbereich ist schon seit eh und je einer der Schlüsselbereiche in der Wirtschaft insgesamt wie auch in den Tarifrunden insbesondere. Die IG Metall ist mit 2,62 Mio. Mitgliedern die stärkste Einzelgewerkschaft der Welt. In den Jahren 75-77 hatte es die Gewerkschaftsführung noch fertiggebracht, die angestaute Schlagkraft der Basis abzulassen: Durch die Taktik schön verzettelter und verstreuter kurzer Warnstreiks in hunderten verschiedener Betriebe.

Doch schon die unbefriedigenden und enttäuschenden Tarifabschlüsse der letzten Jahre hatten Auswirkungen: Die aktiven Vertrauensleute sind erfahrungsgemäß die ersten, die die Prügel der Basis dafür einstecken. Viele von ihnen haben damit begonnen, diese Prügel innerhalb des gewerkschaftlichen Apparates nach oben weiterzugeben, an diejenigen, die sie auch wirklich verdient haben. Es war

kein Zufall, daß bei den Vorstandswahlen auf dem IG Metall-Gewerkschaftstag 1977 ausgerechnet das für Vertrauensleutearbeit zuständige Vorstandsmitglied Dieckerhoff besonders schlecht abschnitt.

Vor diesem Hintergrund war natürlich die allgemeine Anteilnahme an der 78er Tarifrunde entsprechend größer als in den Vorjahren. Auch die Unternehmerverbände mobilisierten schon frühzeitig ihre Kräfte und errichteten Notfonds zur Unterstützung eventuell betroffener Betriebe.

In Baden-Württemberg, dem Streikzentrum, war der Konflikt noch zusätzlich angeheizt durch die Frage der Verdienstsicherung und des Schutzes vor Abgruppierungen. Nach wochenlangem Hin und Her in ergebnislosen Verhandlungen kam es in Nordwürttemberg/Nordbaden und in NRW zur Urabstimmung, deren Ergebnis einen klaren Kampfauftrag der Basis an die Führung ausdrückte.

Der Vorstand zögerte jedoch erst einmal tagelang, und begrenzte dann die Kampfmaßnahmen nur auf Baden-Württemberg. Dies verärgerte insbesondere die Aktivisten in NRW, die nach diesem eindeutigen Abstimmungsergebnis von über 86% in ihrem Bereich auch streiken wollten.

Noch stärkere Enttäuschung gab es, als nach wochenlangen Gefechten hinter verschlossenen Türen ganze 5% Tarifierhöhung und ein völlig ungenügender Absicherungsvertrag präsentiert wurden. "Dafür haben wir nicht drei Wochen lang Streikposten gestanden bei Sturm und Schnee", war eine typische Reaktion vieler Kollegen. Nachdem dieses Verhandlungsergebnis zustande gekommen war, muß es in den Streikzentren richtiggehend gebrodelt haben. In Stuttgart kam spontan eine Versammlung von Streik Helfern im Gewerkschaftshaus zusammen. Hierbei... "...konnte... jeder mit Beifall rechnen, der sich für eine Fortsetzung mit Ausweitung des Arbeitskampfes aussprach." (FAZ 05.04.78)

Die IG Metall-Bezirksleitung versuchte eiligst, die Basis umzustimmen. "Steinkühler hatte alle seine Redekunst aufzuwenden, um den Unzufriedenen das Verhandlungsergebnis zu erläutern... In einer Art Großeinsatz schwärmten gestern die Gewerkschaftsfunktionäre aus, um den aufgestauten Unmut der Kolleginnen und Kollegen in den Streiklokalen, vor den Werkstoren und



auf Versammlungen aufzuräumen."

Die Angst vor einem sogenannten "Hamburg - Effekt" saß den oberen Funktionären tief in den Knochen. Sie konnten zwar noch einmal aufatmen, als 55% doch noch das Ergebnis annahmen (25% hätten laut Satzung schon ausgereicht), aber diese Tarifrunde wird weitreichende Konsequenzen nach sich ziehen.

Betriebe ohne erfahrene Vertrauensleute und Betriebsräte und die von Streiks weniger betroffenen Räume um Karlsruhe und Mannheim haben zwar deutlich mit "ja" gestimmt, aber im Raum Stuttgart und in wichtigen bestreikten Betrieben überwogen klar die Nein-Stimmen. Einzelne Betriebe stimmten zu 70% mit "nein" und manchen aktiven Mitgliedern sind die Augen geöffnet worden. Sie haben das uneingeschränkte Vertrauen gegenüber den forschen, dynamischen Nachwuchsführern vom Schlage Steinkühlers verloren und werden sich in Zukunft nicht mehr mit wortradikalen Reden ohne entsprechende Taten abspesen lassen.

Auch in NRW hat die Tarifrunde deutliche Spuren hinterlassen. Die IG-Metall-Leitung hielt es dort für überflüssig, eine zweite Urabstimmung über den Tarifabschluß durchzuführen, aber die scharfe Kritik aus den Betrieben war nicht zu überhören. Selbst das DKP-Zentralorgan UZ, das sonst immer völlig kritiklos hinter der Gewerkschaftsführung steht, mußte die Verärgerung der Kollegen wiedergeben, wie z.B. in einem Bericht über eine IG-Metall-Betriebsrätekonferenz in Essen:

"Kritik kommt aus dem Betrieben an dem jüngsten Lohnabschluß in der metallverarbeitenden Industrie... 13 der mehr als 100 anwesenden Betriebsräte und Jugendvertreter... brachten die Unzufriedenheit ihrer Kollegen mit diesem Ergebnis zum Ausdruck... Weitere Diskussionsredner bezeichneten den Tarifabschluß für die IG Metall als organisationsschädlich, weil er die Glaubwürdigkeit der Gewerkschaft in den Betrieben erschüttert habe... Wir werden uns anstrengen müssen, das wiedergutzumachen."

Ähnlich verhielt es sich auch bei den VW-Werken und im Chemiebereich. Für die Belegschaft der Wuppertaler Bayer-Werke war das Maß voll, als sie vom mageren 4,3%-Abschluß erfuhren: "Etwa 200 Arbeiter und Angestellte... protestierten gegen den... vereinbarten Tarifabschluß in der chemischen In-

dustrie" (UZ 19.04.78)

## Druckerstreik

Im Blickpunkt des Interesses zahlreicher aktiver Gewerkschafter stand sowohl 1976 wie auch 1978 der Kampf der in der IG Druck und Papier organisierten Kollegen. Der Drucker-



Streikposten in Wuppertal im März '78

streik im April/Mai 1976 war der einzige größere offene Tarifkampf zwischen 1975 und 77. Gerade in diesem Bereich waren durch die technische Revolution und Rationalisierung in der ersten Hälfte dieses Jahrzehnts über 30.000 Arbeitsplätze abgebaut worden. Entsprechend ist auch die Mitgliederzahl der Gewerkschaft rückläufig.

Schon der Streik im Frühjahr 1976 für Lohnerhöhungen hatte deutlich sichtbare politische Dimensionen durch Konflikte zwischen Streikposten und Polizisten, die Frage der Aussperrung (speziell in Hessen, wo die Verfassung dies verbietet), die Diskussion über die Pressefreiheit und eine Spaltung im Unternehmerlager.

Stellvertretend für die Erfahrung vieler Arbeiter mit dem Staatsapparat steht ein Flugblatt der IG Druck in Aalen, wo Streikposten wegen "Nötigung" vor Gericht standen:

"Hätten wir mit den Händen in den Taschen zusehen sollen, wie unser Streik unterlaufen wird? Aber so fragt das Gesetz natürlich nicht. Dort steht der Schutz des Privateigentums der Unternehmer - das wir ja erarbeitet haben - im Vordergrund. So wird für

Unternehmer, die ihre Ware verkaufen wollen (z.B. Zeitungen), die Straße zur Not auch freigeprügelt, - wie in Berlin, Darmstadt, Reutlingen usw.

Hat man aber schon einmal gehört, daß die Polizei den Arbeitern behilflich gewesen wäre, in einen ausgesperrten Betrieb zu gelangen, damit die Arbeiter ihre Ware, nämlich ihre Arbeitskraft verkaufen können ?? Auf Deutsch: Unternehmer werden geschützt, Arbeiter werden gerichtlich verfolgt."

Der Druckerstreik vom März 1978 war auf andere Weise ein Signal für die Arbeiter in allen anderen Branchen. Er war der erste Streik ausschließlich gegen Arbeitsplatzverlust und andere Auswirkungen der Rationalisierung und wurde entschlossen und hart von den Kollegen in den Streikzentren durchgestanden. Die Arbeiter anderer Gewerkschaften identifizierten sich voll mit dem Streik, wohl wissend, daß auch in ihrem Bereich in wenigen Jahren die Rationalisierungswelle voll durchschlagen und zahlreiche Arbeitsplätze vernichtet wird.

Und wieder hat dieser Streik, wie schon 1976 der Druckerstreik, durch die provozierte breite Diskussion über Arbeitsplatzsicherung, Pressefreiheit, Aussperrung hochpolitische Dimensionen erhalten. Die bürgerliche Öffentlichkeit reagierte hysterisch und empörte sich über "Maschinenstürmerei", und die "Infragestellung der Waffengleichheit zwischen Streik und Aussperrung" durch die Gewerkschaften. IG Druck - Vorstandsmitglied Detlef Hensche wurde als der "marxistische Drahtzieher" hinter der ganzen Aktion gebrandmarkt. Derselbe Hensche mußte sich allerdings auf einer Streikversammlung in Wuppertal vom dortigen örtlichen Streikführer unter Beifall der Kollegen ins Gesicht sagen lassen, daß die Kollegen unabhängig davon, ob der Vorstand weich wird oder nicht, den Streik durchzustehen fest entschlossen seien. Er mußte offensichtlich die Prügel der Basis einstecken, die im Streik 1976 erfahren hatte, daß der Vorstand alles andere als eine klare und konsequente Strategie besitzt.

Die kommenden Monate und Jahre werden speziell im Druckgewerbe zeigen, daß auch der abgeschlossene Tarifvertrag keinem Arbeiter die lebenslange Beibehaltung seines Arbeitsplatzes und seines Reallohnes garantieren kann. Er ist voller schwammiger Begriffe, Ungenauigkeiten und verklausulierter



Formulierungen und läßt den Unternehmern immer noch genügend Hintertüren offen.

Während in den 60er Jahren Lohn-erhöhungen im Mittelpunkt der Auseinandersetzungen standen, wird es jetzt in der deutschen Gewerkschaftsbewegung mehr und mehr um Fragen wie "Schutz vor Rationalisierung, Abgruppierung und Entlassung" gehen. Dabei wird es sich in der Praxis herausstellen, daß die besten Tarifverträge und gesetzlich verankerten Rechte nur ein wertloses Stück Papier bleiben werden, solange nicht aktive Betriebsräte, Vertrauensleute, und vor allem die Belegschaft selber dafür kämpfen. Der täglich härter werdende Kleinkrieg in den Betrieben wird eines bestätigen: Was wir mit der einen Hand zugestanden bekommen, das nimmt man uns mit der anderen wieder weg, wenn wir nicht wie ein Luchs auf alles ganz genau aufpassen.

Beim Druckerstreik wie auch beim Stahlarbeiterstreik ist die Frage der Aussperrung wieder in den Mittelpunkt gerückt worden. Die Forderung nach einem gesetzlichen Aussperrungsverbot wurde auf zahlreichen gewerkschaftlichen Solidaritätskundgebungen erhoben. Während der FDP-Wirtschaftsminister Graf Lambsdorff im Namen der "SPD/FDP Bundesregierung" klarstellte, daß ein Aussperrungsverbot nicht in Frage käme, stieß dem Kapital doch eines auf: Viele SPD-Führer sahen sich veranlaßt, den großen Aussperrungsschlag der Unternehmer zu kritisieren und ihr uneingeschränktes Recht darauf in Frage zu stellen. Im Europa-Wahlkampf der SPD '79 wird sogar

die Forderung nach Aussperrungsverbot angesprochen, allerdings ohne daß praktische Konsequenzen der SPD-Führung (nicht nur auf abgehobener europäischer Ebene, sondern in der Bonner Szene) sichtbar wären.

Aber auch seitens der Gewerkschaftsführung war und ist es nicht geplant auch nur den Versuch zu unternehmen, durch massiven und handfesten Druck auf Bonn ein allgemeines Aussperrungsverbot zu erzwingen. In den Reihen des IG Metall-Bundesvorstands werden dafür zweierlei Argumente angeführt:

- Es gäbe ohnehin keine parlamentarische Mehrheit (also auf bessere Zeiten warten)
- Die Reaktion würde dann die Zeit für gekommen halten, um durch ein Verbändegesetz die Gewerkschaften an die Leine zu legen.

Eine solche Argumentation läßt - falls sie ernsthaft gemeint sein sollte - ahnen, wie ängstlich und stur die Gewerkschaftsführer rein auf das Parlament hin fixiert sind. Und das, obwohl auf jeder halbwegs gründlichen Gewerkschaftsschulung den Kollegen beigebracht wird, daß geschriebenes Recht nur ein Ausdruck gesellschaftlicher Machtverhältnisse ist und neues Recht nur durch Bruch des alten Rechts geschaffen werden kann.

## Ständige Tarifrunde

Der Sommer 1978 hat uns gelehrt, daß zukünftig die allgemeine Tarifrunde nicht mehr nur auf wenige Wintermonate beschränkt bleiben wird, sondern daß wir uns auf eine permanente Tarifrunde einstellen müssen.

Abgesehen von einigen Warnstreiks gegen schlechte Arbeitsbedingungen, Lohn- und Arbeitsplatzabbau und dem Berliner Bauarbeiterstreik standen vor allem die NRW-Brauereiarbeiter und ihre Gewerkschaft in den Sommermonaten im Blickpunkt des allgemeinen Interesses.

Die NGG gehört mit einer Viertelmillion Mitgliedern zu den mittelgroßen DGB-Gewerkschaften.

Sie konnte, obwohl die Zahl der Beschäftigten in ihrem Bereich von 1974 bis 1976 von 600.000 auf 445.000 zurückgegangen ist, im selben Zeitraum ihre Mitgliederzahl mit 250.000 konstant halten. Der durchschnittliche Organisationsgrad liegt bei 43%, allerdings gibt es in den Bereichen Brauereien, Tabak, Zucker, und Margarine

einen fast 100%igen Organisationsgrad.

Ende August hatten die organisierten Arbeiter in den NRW-Brauereien in einer Urabstimmung und in Warnstreiks ihre Bereitschaft zum Kampf um die Arbeitszeitverkürzung gezeigt. Für die allgemeinen Strategen des Kapitals bestand eine Gefahr: Würden die Brauereien zu sehr den Forderungen nachgeben, dann würde der Damm an einer schwachen Stelle brechen.

Der erste fertiggestellte Abschluß war für die Spitzen der Arbeitgeberverbände unannehmbar, der Brauereiverband wurde von oben zurückgepfiffen. Schließlich wurde anstelle der stufenweisen Herabsetzung der Arbeitszeit für ältere Arbeiter bis hin zu 32 Stunden für Kollegen ab 60 Jahren eine Urlaubsverlängerung vereinbart (28 zusätzliche Tage für über 60jährige). Die Regelarbeitszeit von 40 Wochenstunden wurde also vorläufig nicht angetastet.

## Stahlstreik

Es sollte aber kaum ein Vierteljahr vergehen, bis wieder zum Ansturm auf die 40-Stunden-Woche geblasen wurde: im Streik der Arbeiter in der Stahlindustrie von NRW, Osnabrück und Bremen. Es war dies der erste deutsche Stahl-Streik seit 50 Jahren, und vor allem der erste deutsche Streik mit dem Ziel der Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich. Ein Streik, der von Gewerkschaftern im In- und Ausland mit regem Interesse verfolgt und von mancher Solidaritätsaktion im Rahmen des DGB begleitet wurde. Es wurde sehr schnell deutlich, daß es diesmal "um die Wurst" ging: "lieber jetzt einige Wochen lang den Streik durchstehen und auf ein paar Mark Lohn verzichten als nachher auf der Straße sitzen", war die einhellige Meinung vieler. Doch in ihrer Entschlossenheit, jetzt ernsthaft eine Senkung der Wochenarbeitszeit und die Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Arbeitsplätze zu erzwingen, stießen die Kollegen sehr schnell mit der eigenen Gewerkschaftsführung zusammen. Im Laufe der Tage mehrten sich die Anzeichen dafür, daß der Vorstand bereit war, in entscheidenden Punkten einen Rückzieher zu machen. Loderer, Herb, Janßen und andere entschuldigden sich nahezu vor den Fernsehkameras für ihre eigenen radikalen Forderungen und versuchten



Die Quelle, Oktober 1978

diese immer weiter abzuschwächen. Die Kollegen vor den Toren mußten so befürchten, daß ein "faules Ei" in der Luft liegt, das unter Umständen die gesamte Gewerkschafts- und Betriebsratsarbeit um Jahre zurückwerfen und zu Massenausritten führen könnte. Umso mehr sahen sie sich gezwungen, lautstark und energisch ihren Willen nach oben hin weiterzugeben. Die Kollegen beharrten darauf, daß die Arbeitszeitverkürzung für alle in Wochenstunden spürbar sein müsse, und viele forderten auch die Ausweitung des Streiks auf die gesamte Stahlindustrie, um den Streik echt wirkungsvoll zu machen.

Die Mitglieder der Großen Tarifkommission bekamen diesen Druck mehrmals direkt und hautnah zu spüren, als Hunderte von Kollegen mit Spruchbändern und Parolen in den Tagungssaal einmarschierten und ihre Meinung deutlich kundtaten - im Namen von Tausenden.

Am 20. Dezember beschloß denn auch die Tarifkommission, daß der Streik grundsätzlich ausgeweitet werden solle, aber dieser Beschluß wurde erst zwei Wochen später (teil-)umgesetzt, indem (nur) 20.000 weitere Kollegen in den Streik gerufen wurden und somit immer noch die Hälfte der Beschäftigten in der Stahlindustrie voll weiterarbeiteten. Doch wenige Tage

später wurde der Streik abgeblasen und ein "Kompromiß" vorgelegt, der nichts mehr von dem anfänglichen "Einstieg" erkennen läßt. Er bringt Freischichten vor allem für ältere Nachtschichtarbeiter (bestenfalls 9 Freischichten für über 50jährige ab 1981), eine Tariflohnerhöhung von 3,2% (umgerechnet auf 12 Monate) und eine neue Urlaubsregelung mit schrittweiser Anhebung des Jahresurlaubs auf 30 Tage für alle, wobei die Frage des Urlaubs gar nicht angestanden hat und in einer neuen Tarifrunde sicherlich relativ leicht zu lösen gewesen wäre. Das Nachsehen haben jetzt vor allem die jüngeren Kollegen, die nicht im 3-Schicht-Betrieb eingespannt sind.

Bei der Urabstimmung stimmte nach offiziellen Angaben nur knapp die Hälfte aller befragten IG-Metall-Mitgliedern mit "ja", wobei die Ja-Stimmen Überwiegend aus den nicht bestreikten Betrieben kamen. Die Kollegen in den Streikzentren drückten in ihren Nein-Stimmen deutlich aus, daß sie es absolut nicht einsahen, 6 Wochen lang in klirrender Kälte Streikposten gestanden zu haben, nur um damit im Endeffekt eine 5-jährige Zementierung der 40-Stunden-Woche zu erreichen - so gab es viel böses Blut. "Diese Führung vertritt nicht mehr unsere Interessen. Diese Führung muß weg. Da müssen junge und entschlossene Kräfte hin", so und ähnlich klang bei vielen Kollegen die Schlußfolgerung.

Der erste Auftakt zu einem dramatischen Nachspiel ließ nicht lange auf sich warten. Die Vertrauenskörper wichtiger Großbetriebe forderten die Absetzung des für den Streik verantwortlichen Kurt Herb und personelle Konsequenzen im IG-Metall-Bundesvorstand.

Die einstimmig angenommene Resolution der Vertrauensleute der Mannesmann Hüttenwerke AG Duisburg wirft darüber hinaus noch zahlreiche Fragen auf, wie sie als Konsequenzen aus den Streikerfahrungen in den nächsten Jahren die aktive Mitgliedschaft breit diskutieren wird, u.a.:

- Änderung in der Zusammensetzung der großen Tarifkommission.
- Öffentlichkeit der Sitzungen der großen Tarifkommission für IG-Metall-Mitglieder.
- Änderung der Bestimmungen über Mehrheit bei Urabstimmungen.
- Umwandlung der Funktion des Bezirksleiters in ein Wahlmandat.

Der Katalog von Fragestellungen gipfelt dann im folgenden:

"Müssen wir nicht wieder...die Diskussion über die Sozialisierung der großen Industrie auf die Tagesordnung setzen? Müssen wir nicht...Strategien und Forderungen entwickeln, die darauf zielen, daß wir selbst Herr über die Produktion werden?"



Die hier angesprochenen Fragen deuten darauf hin, daß der Streikverlauf zahlreichen Kollegen vor Augen geführt hat, wieviele undemokratische Grundsätze noch in der Satzung und den bisher üblichen Verfahrensweisen enthalten sind und wie weit der gegenwärtige verkrustete Gewerkschaftsapparat noch von einer schlagkräftigen Kampforganisation entfernt ist.

Das Nachspiel zum Streik ist nun in vollem Gange, und wir müssen uns noch auf manche "Überraschung" bei Gewerkschaftstagen gefaßt machen.

Nicht nur im Stahlbereich wurde die 40-Stunden-Woche bis 1983 festgeschrieben. Noch im Januar 79 zog die IG-Metall für die metallverarbeitende Industrie nach, und ähnlich tat es auch die IG-Druck und Papier im April, obwohl deren Vorsitzender Mahlein

mit deutlichen Worten noch in den Wochen und Monaten zuvor die Notwendigkeit und den Vorrang der Wochenarbeitszeitverkürzung herausgestellt hatte.

Dieser Verzicht auf einen entscheidenden Schritt in Richtung 35-Stunden-Woche fand den Beifall der bürgerlichen Presse. Bei manchen Gewerkschaftsmitgliedern gab es lange Gesichter. Viele Kollegen vermuteten dahinter eine "Konzertierte Aktion" der Gewerkschaftsführung, ein Begräbnis erster Klasse.

## Innergewerkschaftliche Auseinandersetzungen

Die Tarifrunde 1978/79 hat die Klassenkämpfe auf eine qualitativ höhere Stufe angehoben. Die innergewerkschaftlichen Konsequenzen werden gewaltig sein. Die vielfach zu beobachtende Enttäuschung der Mitglieder über die lasche Haltung der Führung in den entscheidenden Momenten wird nicht mehr so leicht vergessen werden wie in den Vorjahren. Fortgeschrittene kämpferische Arbeiter, die vor wenigen Jahren noch große Hoffnungen in die SPD gesetzt hatten und inzwischen enttäuschende Erfahrungen mit SPD-geführten Bundesregierungen machten, sind jetzt teilweise auch von ihrer eigenen Führung herb enttäuscht worden und werden sich nun fragen, wie es weitergehen soll.

Viele werden zur Schlußfolgerung kommen, daß es notwendig ist, die kämpferischen oppositionellen Kollegen in der Gewerkschaft zusammenzufassen, um den abgehobenen Funktionären endlich einmal auf die Finger zu sehen und die Interessen der Basis durchzusetzen. Auf gewerkschaftlichen Schulungen und Seminaren werden weiterdenkende Arbeiter aus verschiedenen Städten zusammenkommen und merken, daß sie nicht alleine dastehen, sondern zahlreiche Kollegen ähnlicher Meinung sind. Sie werden spüren, daß sie bei einer guten Koordination eher ihre Vorstellungen durchsetzen könnten.

## Vertrauensleute

Im Rahmen der innergewerkschaftlichen Auseinandersetzungen werden die Vertrauensleute eine wichtige Rolle spielen.

Sie sind (überall dort, wo eine entsprechende Arbeit läuft) die Bindeglieder zwischen der Basis in der einzel-



nen Abteilungen einerseits und Gewerkschaft und Betriebsrat andererseits.

In der IG Metall war die Vertrauensleutearbeit in den 50er Jahren von oben her neu angekurbelt worden, weil gerade in jener Branche zu jener Zeit der gewerkschaftliche Organisationsgrad stark rückläufig war...

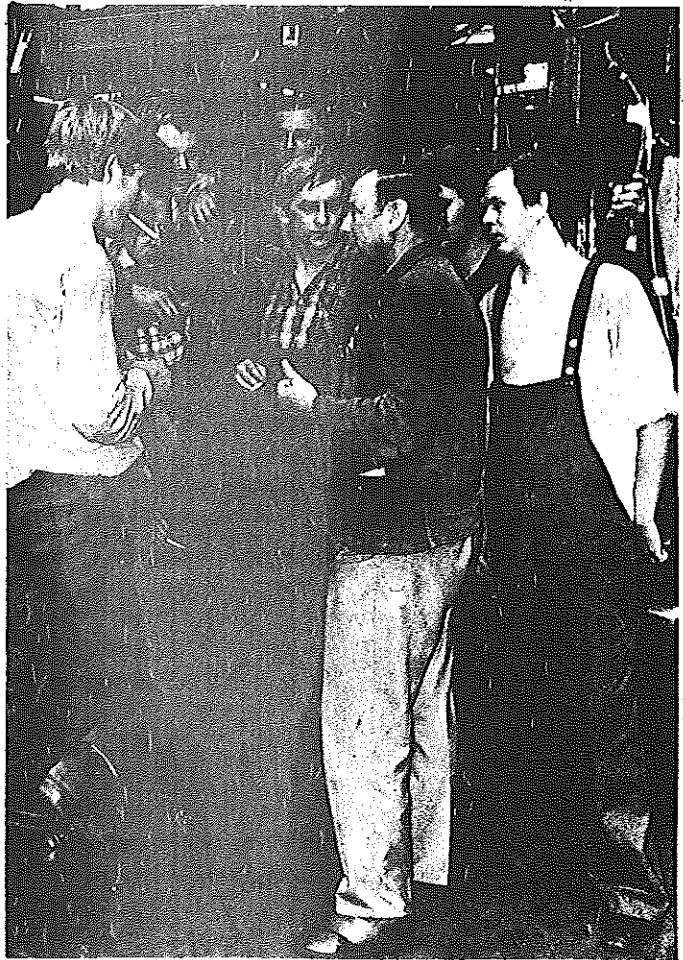
1952:	56,2%	1960:	39,8%
1956:	43,8%	1963:	37,7%

Von daher sind aus der Sicht der Gewerkschaftsführung die Vertrauensleute in erster Linie gedacht als Transmissionsriemen von oben nach unten, ein Mittel, um die Gewerkschaftspolitik in die Betriebe hineinzutragen.

Wenn jetzt jedoch der Druck von unten stark anwächst, dann ist mit zu rechnen, daß sich der eigentliche Sinn der Vertrauensleute offen zeigen wird: Die aktiven Vertrauensleute werden zunehmend die veränderte Stimmung an der Basis in den Gewerkschaftsapparat reintragen und so die ganze Maschinerie von Grund auf umwälzen.

Im Gegensatz zur IG-Metall mußte innerhalb der ÖTV Anfang der 70er Jahre ein Kampf gegen konservative Elemente in der Gewerkschaftsführung erst ausgefochten werden, ehe dort dann auch die Institution der gewerkschaftlichen Vertrauensleute eingeführt wurde. Und in der IG-Chemie des Jahres 1979 versuchten bürokratische Elemente, offenbar weil allzu selbstverständliche demokratische Rechte der Basis ihnen unangenehm werden könnten, durch Satzungsänderungen die Einflußmöglichkeiten der Vertrauensleute von unten nach oben einzuschränken. Der Hauptvorstand sah in einem Änderungsvorschlag zur Satzung vom 9. Februar 1979 weitgehende Kontroll- und Einflußmöglichkeiten der Verwaltungsstellen von oben auf die Benennung der Vertrauensleute vor: "In allen Betrieben sind gewerkschaftliche Vertrauensleute zu wählen oder durch den Verwaltungstelenvorstand zu berufen.. Gewählte bedürfen der Bestätigung durch den Verwaltungsstellen-Vorstand."

Selbst die liberale "Frankfurter Rundschau" (20.2.79) empörte sich über die "Unglaublichkeit dieser Absicht": "Zu verstehen ist dies wohl nur vor dem Hintergrund des Einflusses mächtiger Betriebsräte aus Großbetrieben wie Bayer- Leverkusen und der Hoechst-AG, die auch die jeweiligen Ortsverwaltungen beherrschen. Sie, so scheint es, sehen ihre bislang unangefochtenen Machtpositionen gefährdet, wenn sie nicht auch bestimmen können, wer sie



DER VERTRAUENSMANN INFORMIERT ...

wählt und ihre Politik unterstützt. Zu groß müssen die Strömungen seit dem letzten Gewerkschaftstag geworden sein, die auf mehr Demokratie oder zumindest auf strikte Einhaltung demokratischer Satzungsbestimmungen drängen."

Während also in den 50er Jahren die IG-Metall noch von oben Vertrauensleutekorper ins Leben rief, um sich überhaupt eine starke Basis zu schaffen, wollte jetzt die IG-Chemie Führung die entfesselten Kräfte an der Basis stützen, damit sie ihr nicht sehr bald über den Kopf wachsen. Dieser Vergleich spricht deutlich für die Veränderungen innerhalb der letzten 20 Jahre, für das neue und starke Selbstbewußtsein einer nachgewachsenen Generation in der deutschen Arbeiterbewegung.

Dafür spricht auch der vorläufige Ausgang der gewerkschaftsinternen Konflikte in der IG-Chemie im April 1979. In der neuen Fassung der Satzung mußte der Vorstand einen Rückzieher machen: "Die Berufung ist als Ausnahme vorgesehen. Sie bleibt auf Fälle beschränkt, wo die Mitglieder nicht die Möglichkeit haben, die Wahl ordnungsgemäß innerhalb eines Betriebes durchzuführen..." Außerdem muß - dies

wurde letztlich zugestanden- im Falle einer Berufung bei Widerspruch von 5 der von einem Vertrauensmann vertretenen Mitglieder- die Berufung wieder zurückgenommen und Briefwahl durchgeführt werden.

Diese Abschwächung war das Ergebnis starken Drucks von der Basis. 8 Verwaltungsstellen, die 150.000 der rund 650.000 Gewerkschaftsmitglieder vertreten, hielten die Einberufung eines außerordentlichen Gewerkschaftstages für notwendig. Als der geschäftsführende Hauptvorstand im März '79 den Leiter der Verwaltungsstelle Hannover-Minden, Patschkowski, fristlos entließ, weil er (noch inoffizielle) Informationen über die geplante Satzungsänderung an Kollegen weitergeleitet hatte, da lehnten sich nicht nur ein wichtiger Teil der Basis, sondern auch viele Hauptamtliche der Gewerkschaft selbst gegen die Zentrale auf und erzwangen Patschkowskis Wiedereinstellung. Der Gesamtbetriebsrat für alle Gewerkschaftsbediensteten und der Beschwerdeausschuß protestierten, und am Sitz des Vorstandes in Hannover forderten über 50 Betriebsräte und Vertrauensleute, daß sich der Vorstand demokratischen Entscheidungen unterordnet: "Wenn diese Machtpolitik des Hauptvorstandes Schule macht, dann können die Gewerkschaften in der Bundesrepublik einpacken. Wir wollen keine Organisation, in der nur eine Meinung herrscht oder Grabesstille", so hieß es in ihrem Flugblatt.

Es muß durchaus damit gerechnet werden, daß dieses Beispiel auch noch öfters und auf noch spektakulärere Weise in anderen Gewerkschaften Schule machen wird. Und kurzfristig werden es rechte Gewerkschaftsvorstände auch noch durchaus schaffen können, die "aufmüpfige" Basis halbwegs in Schach zu halten und eine vorübergehende Resignation und Demoralisierung hervorzurufen. Aber langfristig werden sie damit nur ihre eigene Basis wachrütteln und immer mehr Kollegen werden sich schwören, - nicht zu rasten oder ruhen, bis daß der ganze bürokratische Staub und Mief endgültig beiseite geschafft ist. Die Konflikte innerhalb des hauptamtlichen IG-Chemie-Funktionärskörpers selbst sind da nur ein allererster Vorbote.

Natürlich gilt es bei allem festzustellen, daß es in vielen Betrieben keinen funktionierenden oder gar überhaupt keinen Vertrauenskörper gibt, oder daß oft in kleineren Betrieben

der Betriebsrat mit die Aufgaben des Vertrauenskörpers übernimmt. Aber mit zunehmenden betrieblichen Problemen werden sich auch Arbeiter kleinerer Betriebe von Beispielen erfolgreicher Vertrauensleutearbeit ermutigen lassen und den Aufbau bzw. Wiederaufbau eines Vertrauenskörpers anpacken.

Die Oppositionsbewegung wird in den nächsten Jahren verschiedene unterschiedliche und widersprüchliche Formen annehmen. Dies wurde bei den Betriebsratswahlen im Frühjahr 1978 deutlich sichtbar. Weil es keine einheitliche, starke, eindeutige und überzeugende Oppositionsbewegung gibt, hat sich die Unzufriedenheit und Protesthaltung in teilweise spektakulären Erfolgen verschiedener, unterschiedlich orientierter Listen niedergeschlagen.

---

## Betriebsratswahlen

---

Zum einen waren dies die "innergewerkschaftlichen Oppositionslisten", die schon bei den Betriebsratswahlen 1975 in einigen Großbetrieben starken Zulauf bekommen hatten. Sie setzten sich vielfach zusammen aus kämpferischen Gewerkschaftsmitgliedern, die bei der Aufstellung der Liste bürokratisch ausgetrickst worden waren und sich gezwungen sahen, eigenständig zu kandidieren. Bei Daimler-Benz in Stuttgart konnte die populäre Oppositionsliste Hoss/Mühleisen ihre Mandatszahl im Betriebsrat zunächst von 5 auf 8 erhöhen, während in jener Wahl im Frühjahr 1978 die offizielle IG-Metall von 33 auf 29 Sitze abgesunken ist. Hoss und Mühleisen waren beide 1972 aus der IG-Metall ausgeschlossen worden, wegen "gewerkschaftschädigenden Verhaltens". Mühleisen war aus demselben Grund auch aus der DKP rausgeschmissen worden!

Offenkundige Wahlmanipulationen zugunsten der offiziellen IG-Metall-Liste bei der ersten Wahl im Frühjahr hatten eine Wiederholung der ersten Betriebsratswahl im Werk Stuttgart-Untertürkheim erfordert. Als deren Ergebnis Ende September bekannt wurde, schlug dies hohe Wellen weit über die schwäbische IG-Metall hinaus und war Tagesthema unter aktiven Gewerkschaftern und in der bürgerlichen Presse. Denn diesmal erreichte die Oppositionsliste in diesem zu 95% organisierten Betrieb fast 40% unter den Arbeitern und steigerte ihre Sitzzahl gegenüber April von 8 auf 12. Die offizielle Liste konnte hier

nur noch 52% erringen und ging von 19 auf 15 Sitze zurück.

Und das, obwohl die IG-Metall nach der Schlappe vom Frühjahr eiligst versucht hatte, einen Kurswechsel durchzuführen: Viele der ursprünglichen Forderungen der Opposition wurden aufgegriffen, mancher altgediente rechte Betriebsrat wurde ausgetauscht. Doch die Gewerkschaft konnte durch solch offenkundigen Manöver nicht mehr das verlorene Vertrauen zurückerobern. In wenigen Wochen nach der Wahl hatten durch ihre Unterschrift bereits über 1.000 Gewerkschaftsmitglieder bei Daimler-Benz die Wiederaufnahme der oppositionellen Kollegen in die Gewerkschaft



Mitglieder der oppositionellen Betriebsratsliste Hoss/Mühleisen bei Daimler-Benz, Untertürkheim

gefordert. 26 Kollegen stellten einen Ausschlußantrag gegen den Stuttgarter IG-Metall-Bevollmächtigten Otto Gottschlich.

Teilweise hat die "Revolutionäre Gewerkschaftsopposition" (KPD/ML) Sitze in den Betriebsräten gewonnen - so bei BASF, KWU, Mannesmann, der Cassella AG Frankfurt, den Howaldtswerken Kiel/Hamburg, und den Berliner Niederlassungen von Daimler-Benz, Siemens und Bosch. Bei Hoesch in Dortmund errangen die Maoisten sogar 34% und in der Kemptener Maschinenfabrik 45% aller Stimmen. Selbst die CDA (CDU-Sozialausschüsse) konnte in einigen Betrieben erstaunlich gute Ergebnisse verbuchen, wie etwa im Continental-Werk Hannover-Stöcken (35%), bei Opel Bochum.

Offensichtlich ist in diesen Fällen der CDU-orientierte Teil der Belegschaft mobilisiert worden, aber dazu kommt noch, daß auch die CDA mit ihrer demagogischen Kritik an den alteingesessenen und sozialpartnerschaftlichen "Berufsbetriebräten" einige Stimmen

fangen konnte. Das bunte Bild der Betriebsratswahlen zeigt eines:

Die Unzufriedenheit vieler Arbeiter findet erst einmal ihre Ausdruck in einem Zustrom zur jeweils nächstbesten vorhandenen (Schein-)Alternative.

Das gesamte Bild der Betriebsratswahlen ist recht uneinheitlich. Während in den größeren Betrieben oft mehr Listen zur Wahl standen als bisher, ergab sich in vielen kleineren Betrieben wieder die Schwierigkeit, überhaupt geeignete Kandidaten für die (konkurrenzlose) offizielle Gewerkschaftsliste zu finden und spielte sich der Wahlvorgang wie eine Pflichtübung ab. Der allgemeine Trend geht aber auch dahin, daß dieses Mal wieder jüngere, frischere Kräfte nachgerückt sind und diese zum Teil noch sehr jungen Kollegen sich anschicken, die älteren und verbrauchten Berufsberufsbetriebräte zu ersetzen.

Die Erfahrung von Daimler-Benz und anderswo wirft für Marxisten wichtige Fragen auf, Fragen, die sich alle im Zusammenhang mit dem Stichwort "Gewerkschaftseinheit" oder "Einheitsgewerkschaft" stellen.

---

## Gewerkschaftseinheit und Einheitsgewerkschaft

---

Denn einerseits gibt es hier und da Leute, für die eine innergewerkschaftliche Oppositionsliste ein Selbstzweck darstellt. Ein Beispiel, wie man diese Fragen gerade nicht angehen sollte, bietet auf der anderen Seite die DKP. Denn für sie war im Fall von Daimler-Benz die Sache eindeutig und klar: Für sie sind die Kollegen um Hoss/Mühleisen nichts anderes als "antikommunistische Spalter" und "Sektierer", weil sie das Prinzip der Einheitsgewerkschaft verletzen. Rein oberflächlich betrachtet mag es durchaus so sein, daß eine Oppositionsliste gegen Gewerkschaftssatzungen und formale "Einheit" und "Geschlossenheit nach außen" verstößt. Die Frage der Einheit läßt sich aber nicht allein auf diese Ebene hin reduzieren.

Sicherlich hat speziell die ältere Generation aus den leidvollen Erfahrungen des Faschismus eine Konsequenz gezogen: Hitler konnte nur deshalb siegen, weil es keine Einheit der sozialdemokratischen Arbeiter gab.

Einheit kann sich aber nicht beschränken auf einen gemeinsamen Dach-

verband und eine gemeinsame, alle umfassende Flagge. Echte Einheit kann es nur geben in der Aktion. Dies setzt voraus, daß demokratisch diskutiert, abgestimmt und entsprechend gehandelt wird. Wo jedoch Gewerkschaftsführer u. "Berufsbetriebsräte" diesen Prozeß stören, hemmen und blockieren, gedeiht Unzufriedenheit. Wenn beispielsweise bei der Listenaufstellung wiederholt die aktivsten (und unbequemsten) Kollegen ausmanövriert werden und die Betriebsräte sich erst kurz vor der Wahl bei den Kollegen blicken lassen, dann dürfen sie sich nicht wundern, wenn ihre bürokratisch aufgezwungene "Einheit" durchbrochen wird. Die eigentlichen Spalter sind also unter den abgehobenen Funktionären zu suchen. Sie fördern das Entstehen von Konkurrenzlisten bis hin zu CDA und RGO.

Wir sind nicht für Oppositionlisten um jeden Preis. Wir sind dafür, daß die aktiven und kämpferischen Kollegen immer zuerst innerhalb des Gewerkschaftsapparats und speziell für eine angemessene Berücksichtigung der Basis und der unzufriedenen Mitglieder etwa auf Listen zu Betriebsratswahl kämpfen. In Fällen, wo solche Kollegen jedoch mit schmutzigen Tricks ausmanövriert werden, sollten wir eine entsprechende Oppositionsliste unterstützen - freilich ohne die Blickrichtung einer Veränderung des Gewerkschaftsapparates durch Kleinarbeit von unten aufzugeben.

Als eine Konsequenz aus den schlechten Erfahrungen in der Gewerkschaftsarbeit werden auch viele aktive Mitglieder erkennen, daß die Gewerkschaften erst dann ihre volle Schlagkraft erhalten können, wenn sie voll demokratisiert sind. In der IG Metall beispielsweise liegt die Entscheidung über die Ausrufung eines Streiks einzig und allein in den Händen des Vorstands. In NRW hatte sich in der Tarifrunde 1978 für die metallverarbeitende Industrie die Basis für Streik ausgesprochen, der Vorstand hat den entsprechenden Antrag zwar zur Kenntnis genommen, aber ihn dann vertagt. Wenn bereits eine Urabstimmung stattgefunden hat, und ohne Streik doch noch ein Ergebnis erzielt wurde, ist laut Satzung keine zweite Urabstimmung mehr nötig.

So gibt es in den Gewerkschaftssatzungen eine Menge von Paragraphen und Absätzen, die dem Vorstand noch relativ ungestörte Handlungsfreiheit garantieren, eine Anpassung an passive



Mitglieder darstellen und eine echte Willensbildung von unten nach oben verhindern. Die aktiven Gewerkschafter werden in Zukunft gegenüber den Tricks und Manövern der Vorstände viel wachsamere sein und sich nicht mehr so einfach überfahren lassen.

In den kommenden Jahren wird es die Aufgabe aller Sozialisten und weiterdenkenden Gewerkschafter sein, weitertreibende Forderungen und Ziele aufzustellen und diese in geduldiger Arbeit bei den Kollegen zu verankern. Daß die Forderungen einer kleinen Minderheit von heute schon in sehr kurzer Zeit zu offiziellen Forderungen der Gewerkschaftsbewegung werden können, dies haben wir ja bei der 35-Stunden-Woche gesehen. Sie ist vor wenigen Jahren nur von wenigen Kollegen und Sozialisten gefordert worden, wenn man einmal vom Aktionsprogramm der Deutschen Postgewerkschaft (DPG) absieht. Durch die anhaltende Massenarbeitslosigkeit, verstärkte Rationalisierung und Arbeitshetze begannen dann aber immer mehr Kollegen, diese Forderung aktiv zu tragen. 8.000 Opel-Arbeiter verabschiedeten auf einer Betriebsversammlung einen entsprechenden Antrag an den IG-Metall-Gewerkschaftstag 1977.

In ähnlicher Weise können zukünftig auch andere konkrete Forderungen sehr starken Rückhalt finden:

- Warum sollten beispielsweise in zukünftigen Lohnrunden nicht Festbeträge statt wie bisher Prozente gefordert werden? D.h. ein fester Sockelbetrag für alle, der die höheren Einkommen real hält, dafür aber die niedrigeren Ein-

kommen real steigert.

- Viele Kollegen sind gezwungen, Überstunden zu arbeiten, um sich überhaupt Dinge leisten zu können, die über das nackte Überleben hinausgehen: Auto, Farbfernseher, neue Wohnungseinrichtung, Familienurlaub, teilweise sogar Eigenheim. Wir sollten immer und grundsätzlich für den Abbau von Überstunden und die 35-Stunden-Woche eintreten, aber dies muß verbunden werden mit der Frage des entsprechenden Lohnausgleichs und der Forderung nach einem garantierten Netto-Mindestlohn für alle; einem Mindestlohn, der jedem genug Spielraum läßt, um sich das Leben ohne allzu große Existenzsorgen gestalten zu können. Ein solcher Mindestlohn könnte zur Zeit für Ledige bei 1400,-DM liegen. - Ein Betrag, den viele Arbeiter und Arbeiterinnen bei normaler Arbeitszeit und ohne Erschwernis-, Schicht- oder sonstige Zulagen noch bei weitem nicht erreichen.

- Innerbetriebliche Rationalisierungen, Abgruppierungen und Umbesetzungen werden verstärkt die Forderung hervorbringen, daß durch entsprechenden Druck und handfeste Verträge der tatsächliche Lohn jedes einzelnen Kollegen gehalten werden muß.

- Neue und starke Jahrgänge drängen auf den Arbeitsmarkt. Jedem Jugendlichen ist ein angemessener und zukunftssträchtiger Ausbildungsplatz zu garantieren. Gleichwohl braucht aber auch jeder Auszubildende die Sicherheit, daß er nach dem Abschluß in ein Arbeitsverhältnis übernommen wird und nicht mit 'nem wertlosen Stück Papier auf der Straße sitzt.

- Bei angedrohten Betriebstillegungen und Massenentlassungen werden viele Kollegen nicht mehr bereit sein, auf einen Sozialplan zu warten und sonst brav und redlich nach Hause zu gehen. Es ist durchaus zu erwarten, daß in diesem Zusammenhang die Forderung nach Verstaatlichung der betreffenden Firma laut wird, und daß einzelne Belegschaften mit einer Betriebsbesetzung ihre feste Entschlossenheit demonstrieren, ihren Arbeitsplatz und damit ihre Existenz zäh zu verteidigen.

- Bei anhaltender Massenarbeitslosigkeit wird sich die dringende Notwendigkeit ergeben, daß der DGB überhaupt anfängt, die arbeitslosen Kollegen zu erfassen und organisieren, damit sie nicht über längere Zeit den Kontakt zur Bewegung verlieren, verheerender Demoralisierung ausgesetzt sind oder

Opfer faschistischer Demagogie werden. - Wenn die Inflationsrate ständig an unseren Löhnen nagt und wir hinterherhinken, sollten wir dann nicht dafür sorgen, daß durch eine gleitende Lohnskala die Löhne automatisch nachziehen? Dies würde aber auch die Frage der gewerkschaftlichen Preiskontrolle aufwerfen.

Hier sind nur einige Beispiele angedeutet worden für Forderungen, wie sie heute bereits von fortgeschrittenen



Arbeitern vertreten, diskutiert oder zumindest akzeptiert werden. Doch schon in kurzer Zeit, in wenigen Jahren kann es dazu kommen, daß Zehntausende, wenn nicht Hunderttausende, für solche und ähnliche Forderungen in den Kampf treten und auf die Straße gehen werden. Dies wird nicht in erster Linie das Werk weniger "Scharfmacher" oder "Rädelsführer" sein, sondern Ausfluß der persönlichen tagtäglichen Erfahrung der Kollegen.

## Gewerkschaftsapparat unter Druck

Daß der frische Wind auch schon in die höchsten Etagen des Gewerkschaftsapparates hineinzublasen beginnt, zeigte sich deutlich beim Überwiegend von hauptamtlichen Gewerkschaftsfunktionären besuchten DGB-Bundeskongreß Ende Mai 1978 in Hamburg. Obwohl solche Kongresse von den hauptamtlichen Gewerkschaftsfunktionären besucht, gelenkt und kontrolliert werden, fasste dieser Kongreß bemerkenswerte Beschlüsse, die von aktiven Basismitgliedern lebhaft



begrüßt wurden. So beschloß der Kongreß als Forderungen unter anderem die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich, ein Verbot der Aussperrung, eine Absage an die Konzertierte Aktion, ein 10. allgemeines Schuljahr, die Beibehaltung der bruttolohnbezogenen Rentenformel.

Die konkrete Festlegung auf die 35-Stunden-Woche ohne Lohnverlust wurde gegen den Widerstand des Vorstandes verabschiedet, der sich naturgemäß dagegen sträubte, auf ein konkretes Ziel festgenagelt zu werden, über dessen Verwirklichung er beim nächsten Kongreß Rechenschaft ablegen muß. Am meisten Aufsehen bei dem Kongreß erregte aber zweifellos der Beschluß zur Vergesellschaftung der Schlüsselindustrie, Banken und Versicherungen und zu gesamtgesellschaftlicher Rahmenplanung. Dieser Beschluß versetzte die bürgerliche Presse in Angst und Panik, und die DGB-Führung veranlaßte über die Einpeitscher der einzelnen Gewerkschaftsdelegationen die Rücknahme dieses Beschlusses. Doch der saure Nachgeschmack bleibt im Munde der bürgerlichen Öffentlichkeit haften: "Damit wächst die Gefahr für die Freiheit schlechthin" (FAZ 27.05.78) "Selbst Insider glauben einen Trend erkannt zu haben, der nun auch den Gewerkschaften jene Unzufriedenheit mit den Verhältnissen in Staat und Gesellschaft ins Haus bringt, die sich zuvor schon im Studentenprotest und APO und später dann auch in Bürgerinitiativen artikuliert hat."

(Süddeutsche Zeitung 27.5.78)

Die Tatsache, daß ein solcher Beschluß überhaupt gefasst worden ist, hat die begeisterte Zustimmung vieler kleiner ehrenamtlicher Gewerkschaftsfunktionäre hervorgerufen. Gerade solche Vorgänge können sehr stark mit dazu beitragen, daß die aktiven Kämpfer an der Basis sich in ihren Absichten bestätigt fühlen und mehr Mut und Energie für die zukünftigen Kämpfe schöpfen. Sich in ihrem Betrieb isoliertühlende, politisch fortgeschrittene Einzelkämpfer werden mehr Hoffnung haben, indem sie erkennen, daß es sich wieder lohnt, innerhalb des Gewerkschaftsapparates den Kampf aufzunehmen.

## Reicht gewerkschaftlicher Kampf aus?

Unter den aktiven Trägern der gewerkschaftlichen Basisarbeit wird man gegenwärtig auf manchen Kollegen stoßen, der von Politik insgesamt nichts wissen will. Man wird dann oft das Argument hören: "Wozu brauche ich Politik? Diese Parteien können mir ja so oder so nichts anbieten. Wenn wir die volle Kraft der gewerkschaftlichen Solidarität auf die Beine bringen, dann können wir unsere Forderungen auch durchsetzen." Solche Kollegen haben in ihrer Mehrheit noch 1972 mit Begeisterung die SPD unterstützt und sich von ihrem Wahlsieg weitgehende Reformen und grundlegende Veränderungen zugunsten des "kleinen Mannes" erhofft. Nach zahlreichen Enttäuschungen mit sozialdemokratisch geführten Regierungen wählen die meisten dieser Kollegen zwar weiterhin SPD (wenn auch mit Zähneknirschen), ansonsten jedoch beschränkt sich ihre Arbeit auf Betrieb und Gewerkschaft. Jedenfalls ist kein Massenzustrom zur DKP oder anderen linken Gruppen eingetreten oder für die nächste Zeit zu erwarten.

Wir müssen jedoch gleichzeitig vor der Illusion warnen, daß betriebliche und gewerkschaftliche Kämpfe alleine ausreichen würden, um die Forderungen der Arbeiterbewegung endgültig durchzusetzen. Denn wie soll sich die Gewerkschaftsbewegung verhalten, wenn beispielsweise errungene Lohnerhöhungen durch staatliche Maßnahmen (Steuern usw.) wieder in die Taschen der Unternehmer zurückfließen, wie wir es in den letzten Jahren wiederholt erfahren haben? Die Geschichte unserer Bewegung ist voll von Beispielen: Wie oft wurden nicht schon Lohnerhöhungen, Arbeitszeitverkürzungen und andere Verbesserungen durch Kampf erreicht und wenig später wieder verloren, eben weil sie nicht politisch abgesichert waren. Viele Kollegen sagen zurecht, daß ein Generalstreik, in dem Millionen von Arbeitern zusammen kämpfen, sehr schnell zur Erfüllung unserer Forderungen führen könnte. "Alle Räder stehen still, wenn dein starker Arm es will!", heißt es in einem alten Arbeiterlied. Aber die Geschichte kennt viele erfolgreiche Generalstreiks, die letzten Endes zu Rückschlägen führen mußten, weil ihnen eine klare politische Perspektive fehl-

te. 1920 provozierte der Kapp-Putsch einen Generalstreik, zu dem selbst die sozialdemokratische ADGB-Führung unter Legien aufrufen mußte. Nach wenigen Tagen brach diese Verschwörung der reaktionären Offiziere kläglich zusammen. Doch nicht genug damit: die bewaffneten Arbeiter in den Industriegebieten Rheinlands und Westfalens konnten in harten Kämpfen die Reichswehrtruppen zurückschlagen. SPD, USPD, KPD im Bezirk Niederrhein riefen in einer gemeinsamen Erklärung die Diktatur des Proletariats aus. Der Zweck des Generalstreiks war erfüllt worden, der Putsch geschlagen. Doch der Generalstreik warf unmittelbar und ganz praktisch die weitergehende Frage nach der politischen Macht auf. Sie wurde schließlich im Bielefelder Abkommen von den Arbeiterführern auf ihre Weise "gelöst": die Waffen wurden freiwillig zurückgegeben. - 1923, auf dem Höhepunkt der revolutionären Krise in Deutschland, fegte ein Generalstreik die reaktionäre Regierung Cuno hinweg. Und was kam danach? Gerade weil damals keine klare revolutionäre Führung vorhanden war, um die einmal mobilisierte Kraft voranzutreiben und die Machtfrage konkret aufzuwerfen, konnte sich bis zum Jahresende die bürgerliche Herrschaft wieder stabilisieren. Die sozialen und politischen Errungenschaften aus der Revolution von 1918/19, auf die die sozialpartnerschaftlich orientierten Gewerkschaften so stolz verwiesen, wurden aber alle wieder abgebaut, sobald sich das Kapital wieder stark genug fühlte, um die aus Angst vor der Revolution zugestandenen Reformen wieder zurückzuschrauben. Bis Ende 1923 war der Reallohn auf 77,5% des Vorkriegssatzes gesunken, 28,2% der Gewerkschaftsmitglieder waren arbeitslos, 42% arbeiteten kurz. "Die Gewerkschaften sind mit ihren herkömmlichen Mitteln nicht in der Lage, das Los der Arbeitnehmer zu erleichtern; zahlreiche Gewerkschaftsmitglieder verlassen ihre Organisation...", muß der DGB hierzu in einer Broschüre zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung eingestehen.

Auch die in der relativen "Schönwetterperiode" von 1924-1928 erreichten tarif- und sozialpolitischen Errungenschaften wurden schließlich alle wieder weggenommen, als die Weltwirtschaftskrise hereinbrach und 1933 der Faschismus die organisierte Arbeiterbewegung entscheidend zerstörte. Die Geschichte von 1918 bis 1933 ist in vieler Hin-

sicht ein warnendes und lehrreiches Beispiel für unseren heutigen Kampf. ALLE DURCH GEWERKSCHAFTLICHEN KAMPF ERZIELTEN ERRUNGENSCHAFTEN KÖNNEN NUR DANN VÖLLIG GESICHERT WERDEN, WENN DER GEWERKSCHAFTLICHE KAMPF AUFGEHT IM POLITISCHEN KAMPF MIT DER PERSPEKTIVE DER EROBERUNG DER WIRTSCHAFTLICHEN UND POLITISCHEN MACHT DURCH DIE ARBEITERBEWEGUNG.

## Machtfrage

Diese Erkenntnis ist für viele Gewerkschaftskollegen nichts neues, sondern etwas selbstverständliches. "Solange das Großkapital an der Macht bleibt, wird sich nichts grundlegendes für uns ändern lassen!", so und ähnlich kann man es mehr und mehr auf den Gewerkschaftskonferenzen und -seminaren hören.

Es mögen in den 50er und 60er Jahren noch viele kämpferische Traditionen der deutschen Arbeiterbewegung in den Gewerkschaften verschütt gegangen sein - eines konnte jedoch nicht völlig ausgerottet werden: die Forderung nach der Überführung entscheidender Industrie- und Wirtschaftsbereiche in Gemeineigentum, wie sie auch im DGB-Grundsatzprogramm von 1963 und in der IG Metall-Satzung verankert ist. Auch mancher stramm sozialdemokratische Gewerkschaftsführer hat schon bei Protestdemonstrationen gegen Massenentlassungen, bei Streikversammlungen und Konferenzen hin und wieder Töne angeschlagen, die in dieselbe Richtung gehen.

Der Hamburger Vergesellschaftungsbeschluß (Mai '78) hat deutlich gemacht, daß die Forderung nach Verstaatlichung und Produktionsplanung von vielen aktiven Basismitgliedern voll unterstützt wird. Je mehr einfache und ideologisch nicht vorbelastete Arbeiter die Wechselbäder, Schwankungen und Unsicherheiten des kapitalistischen Systems am eigenen Leib erfahren werden, umso mehr werden sie für solche angeblich "kommunistische" Forderungen aufgeschlossen sein.

Die meisten Gewerkschaftsführer werden zwar auf jeden Fall die allgemeine Kapitalismus-Kritik aufgreifen und das freie Unternehmertum demagogisch unter Anklage stellen, aber sie werden es auf jeden Fall zu vermeiden suchen, sich konkret auf die Tagesforderung nach Verstaatlichung bestimmter Betriebe sowie aller Großkonzerne, Ban-



## **PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH!**

ken und Versicherungen festlegen zu lassen. Dabei werden sie als Gründe die angebliche 'Unreife' der Arbeiter, den Staat, die Schwierigkeiten östlicher Planwirtschaften sowie zahlreiche weitere "Argumente" anführen. Somit sollen solche Forderungen zum Lebenswerk für unsere Urenkel im nächsten Jahrhundert umfunktioniert werden. Aber um dem Willen vieler Mitglieder wenigstens in Worten entgegenzukommen, werden die Vordenker in den Vorstandsetagen von DGB und Einzelgewerkschaften "realistischere" und "weniger utopische" "Zwischenschritte" anbieten: Mitbestimmung, Investitionslenkung, Branchenausschüsse, Strukturräte... Bei steigender Arbeitslosigkeit können sich die DGB-Führer auch durchaus gezwungen sehen, die Forderungen nach echter Mitbestimmung für die Arbeitnehmer mehr in den Mittelpunkt zu rücken. Viele Arbeiter, die die brutalen Auswirkungen unternehmerischer Fehlentscheidungen am eigenen Leib spüren, werden diese Forderung unterstützen: "Wir Arbeiter wollen auch einmal etwas zu bestimmen haben. Man läßt uns ja sonst in den Betrieben nichts Entscheidendes bestimmen, außer daß man den Betriebsrat entscheiden läßt, wer entlassen wird und wer bleiben kann. Wir wollen jetzt aber wirklich mitreden in allen wichtigen Fragen." So betrachtet ist der Kampf um mehr Mitbestimmung und Mitspracherechte im Betrieb ein wichtiger Bestandteil der gewerkschaftlichen Arbeit.

Andererseits jedoch müssen sich alle

Verfechter einer echten "paritätischen" Mitbestimmung fragen lassen, wie denn dieses von ihnen angestrebte "Machtgleichgewicht" zwischen Arbeit und Kapital konkret aussehen und für längere Dauer funktionieren soll.

Jeder klassenbewußte Arbeiter weiß (und spürt es jeden Tag), daß sich die konkreten Interessen von Arbeitern und Kapitalisten gegenseitig ausschließen.

Was werden die Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat tun, wenn sie etwa vor der (im kapitalistischen Sinne logischen) Wahl stehen, aus Kostengründen einen Teil der Belegschaft zu entlassen oder die Existenz des ganzen Betriebes zu gefährden? Oder glaubt jemand, die Firmenleiter werden ruhig und gelassen zusehen, wie ihre Macht stückchenweise abgegraben wird?

Die Klage der Unternehmer selbst gegen das 1975 verabschiedete Mitbestimmungsgesetz, das ohnehin dem Kapital die Mehrheit im Aufsichtsrat sichert, zeigt deutlich, wie sehr sie sich gegen jede Einschränkung ihrer Befugnisse sträuben. Es gibt tausend Möglichkeiten, um auch eine gesetzlich verankerte Mitbestimmung zu umgehen, solange das Kapital grundsätzlich die wirtschaftliche und politische Macht in der Hand hat.

Um unter diesen Umständen überhaupt eine echte paritätische Mitbestimmung nach DGB-Modell zu erreichen, würde aber ein kalter parlamentarischer Akt nicht ausreichen. Der DGB mußte den Widerstand des Kapitals brechen - dies wäre nur mit der mobili-

sierten Kraft der Betriebe möglich...  
Aber wenn schon einzig und allein durch die volle Mobilisierung der Mitgliedschaft überhaupt erst eine echte paritätische Mitbestimmung zu erreichen wäre, warum sollten wir uns dann mit dem künstlichen 50:50 Gleichgewicht zufrieden geben? Dann könnte nämlich ein eindeutiges Übergewicht für die Vertreter der Arbeitnehmer erreicht werden. Denn was würde einen 50%-Anteil des Kapitals noch rechtfertigen? Ihre "Leistung"? Oder stellen sie gar 50% der Bevölkerung?

Eine echte Mitbestimmung im Sinne aller ist erst dann erreicht, wenn im Aufsichtsrat einer Firma alle wirklich maßgeblichen Interessen gleichmäßig berücksichtigt werden; und zwar durch:

- 1/3 Vertreter der Belegschaft dieser Firma, damit ihre Erfahrung und ihr Wissen voll zum Zuge kommen
  - 1/3 Vertreter der Gewerkschaften, als Vertreter der gesamten Arbeiterbewegung, um die Interessen anderer Arbeiter zu berücksichtigen
  - 1/3 Vertreter der Regierung, um auch die Interessen einer breiten Öffentlichkeit zur Geltung zu bringen
- Natürlich würde eine solche "Mitbestimmung" voraussetzen, daß die Großkonzerne und Banken in Gemeineigentum überführt werden und die kapitalistische Profitwirtschaft durch eine sozialistische Planwirtschaft im Interesse der Arbeiter und der großen Bevölkerungsmehrheit abgelöst wird. \*



## Wer wir sind und was wir wollen

Das Redaktionskollektiv VORAN besteht aus aktiven Gewerkschaftern, Falken und Jungsozialisten in der SPD. Wir haben uns zum Ziel gesetzt, in der deutschen Arbeiterbewegung wieder das Programm des Sozialismus auf die Tagesordnung zu setzen. Wir sind uns im klaren darüber, daß der Aufbau einer sozialistischen Demokratie erst dann in Angriff genommen werden kann, wenn alle Schlüsselindustrien, Großbetriebe, Banken und Versicherungen in Gemeineigentum überführt sind und unter demokratischer Arbeiterkontrolle und -verwaltung stehen.

Eine sozialistische Gesellschaft kann nur erreicht werden, wenn die Mehrheit der Arbeiterklasse wie der Bevölkerung aktiv dafür kämpft.

Andererseits ist eine sozialistische Umwälzung keine rein spontane Angelegenheit. Sie wird nie gelingen, wenn nicht aus der Arbeiterbewegung heraus eine Führung hervorgeht, die die einzelnen Kämpfe zusammenfaßt, verallgemeinert und koordiniert.

SPD und DGB sind die traditionellen Massenorganisationen der deutschen Arbeiterklasse.

Unter dem Eindruck sozialer Spannungen, verschärfter Gegensätze, gesellschaftlicher Auseinandersetzungen und verstärkter Klassenkämpfe werden die Arbeiter in den kommenden Jahren auf ihre traditionellen Organisationen zurückgreifen. Sie werden auf der Suche nach einer politischen Antwort diese Organisationen von unten her wieder beleben und durch neue Ideen und frische Impulse umwälzen.

Deshalb müssen alle Sozialisten schon heute in SPD und DGB eine klare Alternative zur gegenwärtigen Politik der Führung anbieten. Ihr Ziel muß sein, die Partei- und Gewerkschaftsbasis für ein umfassendes sozialistisches Programm zu gewinnen.

# VORAN

**VORAN ZUR SOZIALISTISCHEN DEMOKRATIE !**

Überregionale marxistische Zeitung für SPD, Jusos, Falken und Gewerkschaft,  
Erscheint seit Dezember 1973

Redaktionsanschrift: VORAN, Hammesberger Str. 75  
5630 Remscheid

Konto: Postscheckamt Essen, H. G. Öfinger, Nr. 170 20 433  
Verantwortlicher Redakteur: Hans-Gerd Öfinger

# VORAN Veröffentlichungen

1. VORAN, Marxistische Zeitung für SPD, Jusos, Falken und Gewerkschaft - 8 Seiten  
Erscheint monatlich. VORAN bringt Artikel aus der Arbeiterbewegung im In- und Ausland, aus dem Arbeitsalltag und Beiträge zu Theorie und Praxis der Bewegung  
Einzelpreis 0,80 DM - Abo(mindest!)preis incl. Porto 7,00 DM für sechs Ausgaben
2. VORAN-Sonderausgabe "Atomenergie" - Fakten, Zahlen und Argumente gegen AKWs.  
Für eine sozialistische Energieplanung!  
Einzelpreis: 0,40 DM (+ Porto)
3. "Bürokratische Herrschaft oder Arbeiterdemokratie" Diese Broschüre beschreibt die Entwicklung der Sowjetunion von der Zeit vor der Oktoberrevolution 1917 an, über die Festigung der stalinistischen Herrschaft bis zur Gegenwart, einschließlich der Nachkriegsentwicklung in den Ostblockstaaten. Preis: 1,00 DM
4. "Für eine echte Umorientierung in Theorie und Praxis" Nachdruck früherer VORAN-Artikel über die Jungsozialisten. Mit aktuellem Vorwort.  
Preis: 1,50 DM.
5. Europaposter: "VORAN ZU DEN VEREINIGTEN SOZIALISTISCHEN STAATEN VON EUROPA"  
Europakarte, Abbildungen von Marx, Engels, Liebknecht und Luxemburg, zweifarbig  
Format: 42 x 60 cm, Solidaritätspreis: 5,00 DM

----- hier ausfüllen -----

## BESTELLSCHEIN

VORAN-Abonnement. Sechs Ausgaben incl. Porto. Mindestpreis:	7,00 DM
VORAN-Extraausgabe "AKW" Einzelpreis (+ Porto)	-,40 DM
Osteuropa-Broschüre Einzelpreis (+ Porto)	1,00 DM
Jungsozialisten-Broschüre Einzelpreis (+ Porto)	1,50 DM
Europa-Poster. Solidaritätspreis incl. Porto	5,00 DM

GESAMTSUMME . . . . . DM

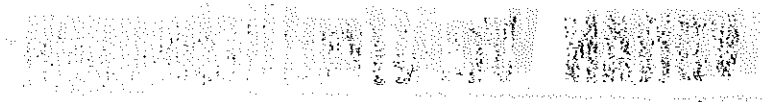
Lieferung erfolgt nach Zahlungseingang auf: Postscheckkonto Essen  
Nr. 170 20-433 Hans-Gerd Öfinger

NAME:.....

ANSCHRIFT:.....

Bitte einsenden an:  
VORAN Hammesberger Str. 75  
5630 Remscheid





[Illegible text, likely a header or introductory paragraph, obscured by heavy noise and low contrast.]

[Illegible text, likely a main body paragraph, obscured by heavy noise and low contrast.]

[Illegible text, likely a main body paragraph, obscured by heavy noise and low contrast.]

[Illegible text, likely a list or detailed notes on the left side of the page, obscured by heavy noise and low contrast.]